

Hannover, den 19. Februar 2020

Die FRAKTION fordert eine verfassungskonforme Unterbringungssatzung

Die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover hat eine Novellierung der Satzung zur Unterbringung von Geflüchteten und Obdachlosen vorgelegt und bricht damit geltendes Recht und es scheint, dass die Menschenwürde nachrangig ist.

Hannovsie – Eine gemeinsam gültige Satzung für die Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen und eine angemessene Beteiligung anderer Kostenträger*innen ist ein richtiger Schritt der Verwaltung, doch schien dabei der Fokus auf Menschenrechte und -würde leider in Vergessenheit geraten zu sein.

“Ich erwarte von der Feierabendpolitik nicht, dass sie über große Fachlichkeit verfügt, aber ich erwarte, dass sie sich beraten lässt. Der eigentliche Skandal ist aber, dass Teile der Verwaltung sich entweder nicht mit Schriften wie dem Grundgesetz auskennt oder aber bewusst versucht, so eine Drucksache durch die Politik absegnen zu lassen. Beides ist komplett inakzeptabel,” erklärt der Fraktionsvorsitzende sowie sozial- und integrationspolitische Sprecher Julian Klippert.

Der Änderungsantrag des Mehrheitsbündnisses merzt zwar die größten Brüche mit dem Grundgesetz aus und fordert eine faire finanzielle Verteilung, aber noch immer sind über ein Dutzend Passagen in der Satzung enthalten, die geltendes Recht beugen. “Es ist bedauerlich, dass wir betonen müssen, dass Geflüchteten und Obdachlosen die gleichen Rechte zustehen wie jeder Bürger*in in dieser Stadt,” fügte Julian Klippert hinzu und führt enttäuscht weiter aus: “Dabei dachten ich, dass wir fünf Jahre lang ein wenig Satire in den Rat bringen können – aber die Defizite in Politik und Verwaltung lassen dafür immer weniger Spielraum. Schade eigentlich.”

“Es bleibt unklar, wie so eine Drucksache zwar vom Sozialdezernat mitgezeichnet, aber ihre Fachlichkeit nicht miteinbezogen wurde. Es ist längst überfällig, den Bereich Unterbringung beim Sozialdezernat einzuordnen,” so Oliver Förste, baupolitischer Sprecher.

Die FRAKTION streicht in ihrem sehr guten Änderungsantrag etliche menschenunwürdige Passagen aus der Satzung, fordert unter anderem die Einbeziehung von Gewaltschutzaspekten und verpflichtet die Verwaltung, unpräzise Passagen zügig nachzubessern.

Behandlung im Bauausschuss heute um 15 Uhr

Verwaltungsdrucksache: <https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebre.nsf/DS/3321-2019>